

# Der Basler Zolli plant ein Ozeanium

Das grösste Aquarium der Schweiz soll 100 Millionen Franken kosten und bis zu 700 000 Besucher jährlich anlocken

Mit Haien, Pinguinen und Rochen will Basel dem Zürcher Zoo den Rang ablaufen. Aber Tier- und Umweltschützer bekämpfen das Grossprojekt.

DANIEL GERNY

In fünf Jahren soll mitten in der Stadt Basel ein Riesenaquarium stehen, das alle bisherigen Anlagen in der Schweizer Zoollandschaft in den Schatten stellt: Alleine die Investitionskosten für das Projekt mit dem Namen «Ozeanium» sind gigantisch: 100 Millionen Franken sind für die Anlage budgetiert – etwas mehr, als im Zürcher Zoo für die Masoalhalle (52 Millionen Franken) und den Elefantentempel (57 Millionen Franken) zusammen ausgegeben wurden.

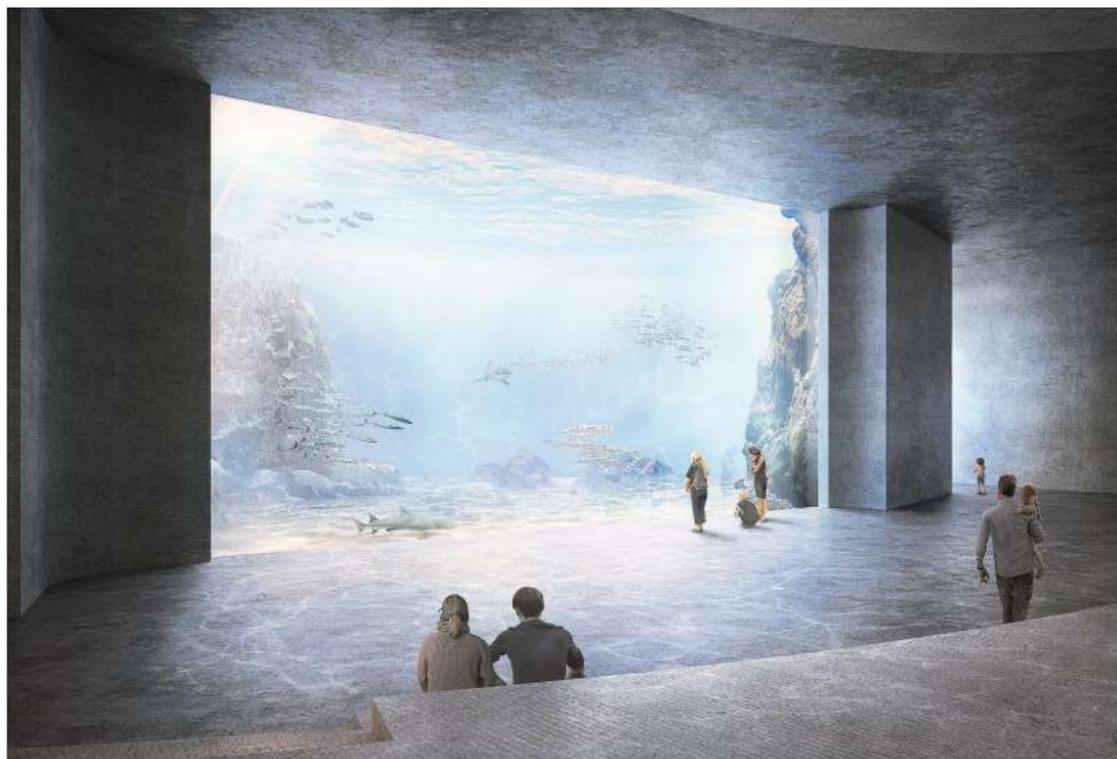
Obwohl das Ozeanium vollumfänglich durch Spenden finanziert werden soll und die Steuerzahler nicht belastet würden, steht das Projekt auf der Kippe: Im Mai müssen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über eine Zonenänderung entscheiden, die sich zum Showdown zwischen Zolli-Anhängern und Umweltverbänden entwickelt hat. Der Ausgang ist völlig offen.

## Gegen den Besucherschwund

Der Kraftakt des zoologischen Gartens ist kein Zufall: Für den «Zolli», wie er von den Baslerinnen und Baslern liebevoll genannt wird, ist der Bau des Ozeaniums so etwas wie die Eintrittskarte in die Zukunft: Die Besucherzahlen sind rückläufig, 2018 wurden trotz dem Jahrhundertssommer zum ersten Mal seit langem weniger als eine Million Eintritte verzeichnet.

Weil der Zolli an der Heuwaage mitten in der Stadt liegt, wo es keine weiteren Grünflächen gibt, sind die Entwicklungsmöglichkeiten begrenzt. Es ist schwierig, die Attraktivität weiter zu steigern. Inzwischen hat der deutlich jüngere Zürcher Zoo den Baslern den Rang abgelaufen. Über 1,3 Millionen Besucher lockte dieser im vergangenen Jahr an. Das Ozeanium gilt für den Basler Zolli deshalb als Leuchtturmprojekt, das für neuen Schub sorgen und «den Anschluss an die Topliga der europäischen Zoos» sicherstellen soll.

500 000 bis 700 000 Besucher soll das neue Haus anziehen, insgesamt rechnet der Zolli für die Zeit nach der Eröffnung



Das Aquarium soll mit Spenden finanziert werden, für die Umzonung ist aber eine Abstimmung nötig.

VISUALISIERUNG NIGHTNURSE IMAGES

mit mehr als 1,5 Millionen Eintritten pro Jahr – sechsmal so viele wie beim Landesmuseum Zürich. Auch in städtebaulicher Hinsicht ist das Grossaquarium ein Markstein: Unweit des Bahnhofs an zentraler Lage ist ein gewaltiger, ikonischer Monolith geplant, der einen neuen Anziehungs- und Angelpunkt für die Stadt bilden soll. Projektiert ist ein Gebäude mit insgesamt vier unter- und fünf oberirdischen Geschossen, in dem rund 40 Aquarien mit einem Volumen von insgesamt 4600 Kubikmetern untergebracht werden. Mehrere tausend Tiere aus allen Klimazonen sollen hier leben, darunter Haie, Rochen, Pinguine, Korallen. Vorgezogen ist eine Nutzfläche von 10 000 Quadratmetern, das entspricht gut der Hälfte des geplanten Erweiterungsbaus des Kunstmuseums Zürich.

Doch braucht eine Stadt in Mitteleuropa und nahe der Alpen ein Grossaquarium nach dem Vorbild von Küstenstädten wie Barcelona und Genua? Und können 100 Millionen Franken in der

Stadt Basel, die vor kaum zwei Monaten publicityträchtig den Klimanotstand ausgerufen hat, nicht sinnvoller eingesetzt werden? Darüber ist in Basel im Vorfeld der Abstimmung von Mitte Mai eine erbitterte Auseinandersetzung ausgebrochen, welche die Stadt weit mehr in Bann zieht als die eidgenössische Steuer- und AHV-Vorlage.

## Ein Gegner mit Schlagkraft

Die Grünen sowie mehrere Umweltverbände unter der Führung der Fondation Franz Weber, die auch die Hornkuh-Initiative unterstützt hat, bekämpfen das Projekt energisch. Die Stiftung hat mit der Zweitwohnungsinitiative vor einigen Jahren bereits ihre Schlagkraft bewiesen. Zudem war der vorletzte Woche verstorbene Franz Weber gebürtiger Basler.

Die Fondation Franz Weber hält das Ozeanium für eine rückwärtsgewandte und rein kommerziell getriebene Gigantomie, die sämtlichen Grundsätzen der

Nachhaltigkeit und des Tierschutzes diametral widerspreche. Die Allianz argumentiert, das Konzept sei veraltet und nicht im Interesse von Natur und Tier, sondern bringe viel Tierleid, eine Schwächung des Ökosystems sowie einen enormen Energieverbrauch. 80 Prozent der Fische überlebten den Fang und den Transport nicht, und von den restlichen kämen 98 Prozent während des ersten Jahres in solchen Aquarien ums Leben. Weltweit gebe es überdies immer mehr Grossaquarien – weshalb die anvisierten Besucherzahlen nicht zu erreichen seien. Ein finanzielles Debakel für den Basler Zolli sei so gut wie programmiert. Nach Aussagen des Zoos Basel wäre die Wirtschaftlichkeit des Ozeaniums allerdings bereits mit einer halben Million Besuchern pro Jahr sichergestellt.

Gegen den Vorwurf der Tierquälerei wehrt sich der Zolli ebenfalls mit Vehemenz: Im bestehenden Vivarium müssten jährlich nur rund drei bis vier Prozent des Bestandes ersetzt werden – in

den meisten Fällen als Folge des Alterns. Die Tiere und Pflanzen im Ozeanium sollen entweder aus nachhaltigem Fang bezogen werden oder aus der Zucht des Zollis und anderen Zuchtbetrieben kommen. Einen schädlichen Einfluss auf natürliche Populationen oder Ökosysteme habe dies nicht.

Der Zolli will das Ozeanium nicht als Show-Highlight verstanden wissen, sondern positioniert das Haus als Ort der Bildung und Sensibilisierung. Die Konsumenten in der Schweiz seien mitver-

Der Zolli will das Ozeanium nicht als Show-Highlight positionieren, sondern als Haus der Bildung und Sensibilisierung.

antwortlich für steigende Meeresspiegel und Verschmutzung, weshalb ein Ozeanium im Binnenland Schweiz sinnvoll sei. So will der Zolli mit Schulen zusammenarbeiten und Laborräume für Klassen zur Verfügung stellen. Kinder und Jugendliche sollen sich selbst mit dem Thema Umwelt- und Artenschutz beschäftigen. Auch mit Forschungsinstitutionen will der Zoo zusammenspannen. Jährlich 400 000 Franken sind alleine für Bildungsfragen budgetiert.

Nicht nur wegen seines spektakulären Charakters und des umstrittenen Konzepts bewegt das Ozeanium in Basel die Gemüter. Der Zolli gehört in der Stadt zu den beinahe unantastbaren, tief verwurzelten Institutionen – was sich nicht zuletzt an den regelmässigen Millionenspenden zeigt. Die Gegner des Ozeaniums vermeiden deshalb allzu direkte Angriffe auf den Zolli. «Retten Sie den Basler Zolli vor sich selbst», lautet bezeichnenderweise die Aufforderung von Vera Weber, der Präsidentin der Fondation Franz Weber, an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Auch bei der Parolenfassung der SP war ein Sympathiebonus spürbar: Eine klare Mehrheit votierte zwar für die Ablehnung des Projektes. Aber die Genossen rangen sich nicht zur Nein-Parole durch – sondern beschlossen mit vorsichtiger Wendigkeit schliesslich Stimmfreigabe.

# Der Bund geht mit der Nagelschere gegen das Dickicht an Subventionen vor

Der Bund bezahlt knapp 40 Milliarden Franken jährlich an Subventionen – er überprüft diese laufend, reduziert aber nur punktuell

Die Finanzkontrolle des Bundes hat ihren Bericht vorgelegt.

Dieser stellt einen steten Anstieg des Subventionsvolumens fest und einen mangelnden Willen, das zu ändern.

FABIAN SCHÄFER, BERN

Mangelnde Transparenz kann man dem Bund nicht vorwerfen. Die Finanzverwaltung führt im Internet eine Datenbank mit allen Subventionen. Die Liste umfasst knapp 300 Einträge mit einem Gesamtvolumen von knapp 40 Milliarden Franken im Jahr. Darunter gibt es einzelne Brocken wie die Beiträge an die AHV (8,6 Milliarden Franken), die IV (3,6 Milliarden) oder die ETH (2,4 Milliarden). Vor allem aber finden sich viele kleinere Posten. Schiessvereine etwa erhalten 8,6 Millionen Franken als Beitrag an «ausserdienstliche Schiessübungen», Lokalradios in abgelegenen Bergregionen bekommen 0,7 Millionen, während private Tiergesundheitsdienste 1,5 Millionen beziehen. Der Katalog der Nutz-

niesser reicht von Auslandschweizern bis zu Zeitungsverlagen.

Der Bund muss seine Subventionen von Gesetzes wegen mindestens alle sechs Jahre überprüfen. Insbesondere soll er kontrollieren, ob sie wirtschaftlich und wirkungsvoll sind. Am Mittwoch hat die Finanzkontrolle einen Bericht veröffentlicht, in dem sie analysiert, was diese Arbeiten bewirken.

## Das Parlament will es so

Das Ergebnis ist durchzogen. Die Hoffnung, dass sich dank der regelmässigen Überprüfung der Dschungel der Zuwendungen lichtet, wird enttäuscht. 2008 hatte der Bundesrat bei 70 Subventionen «Handlungsbedarf» festgestellt; trotzdem ist das Volumen dieser 70 Kredite seither von 9,9 auf 12,7 Milliarden Franken gestiegen, wie die Finanzkontrolle schreibt. Am stärksten wuchsen die Beiträge an die Entwicklungszusammenarbeit, die Hochschulen sowie im Asylbereich. Allerdings hält die Finanzkontrolle einschränkend fest, die Vergleichbarkeit sei schwierig, weil viele Kredite umstrukturiert worden seien.

Dass der Gesamtbetrag gestiegen ist, bedeutet nicht, dass der Bund gar keine Subventionen aufgehoben hätte. Die Finanzkontrolle identifiziert eine Entlastung von 128 Millionen Franken, die jedoch im Wachstum der übrigen Beiträge verschwindet. Das Fazit klingt enttäuscht: Die Entwicklung widerspiegeln «den Trend des steten Wachstums der Subventionsausgaben als Ergebnis des politischen Willens».

Wo das Hauptproblem aus ihrer Sicht liegt, lassen die Finanzkontrolleure zwischen den Zeilen unverhohlen durchblicken: bei der Politik. Das Parlament kann die Vorschläge der Verwaltung jederzeit korrigieren. Es ist denn auch kein Zufall, dass gerade in Bereichen wie der Landwirtschaft und dem Tourismus, die zu den politischen Lieblingen gehören, geplante Kürzungen nicht umgesetzt wurden. Mit Verweis auf das Parlament endet der Bericht fast fatalistisch: «Die Finanzkontrolle sieht daher keinen Nutzen darin, der Finanzverwaltung konkrete Empfehlungen auszusprechen.»

Derweil laufen schon die nächsten Versuche, an einzelnen Subventionen zu rütteln. Jedes Jahr muss mindestens

ein Departement die Beiträge überprüfen lassen, die es auszahlt. 2018 war das Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Guy Parmelin (svp.) an der Reihe. Und siehe da: Der Bundesrat will zwei Subventionen bestimmen abschaffen und zwei weitere eventuell.

## Eigentlich Sache des Kantons

Wegfallen sollen die Beiträge an die französischsprachige Schule in der Stadt Bern von 1,1 Millionen Franken im Jahr. Man mag sich fragen, wieso der Bund diese (öffentliche) Schule mitfinanziert, obwohl dies eigentlich Sache des Kantons ist. Der Hintergrund: Der Bund beschloss den Beitrag 1960, weil er daran interessiert war, dass Kinder französischsprachiger Bundesangestellter in Bern zur Schule gehen können. Ebenfalls aufheben will der Bundesrat einen Beitrag von 130 000 Franken an die Geschäftsstelle des Tourismusverbands. In beiden Fällen dürfte der Widerstand nicht auf sich warten lassen.

Das gilt auch für die zwei weiteren Subventionen, deren Abschaffung der Bundesrat erwägt. Angesichts von Tier-

seuchen beteiligt sich der Bund seit 2001 an den Kosten für die Entsorgung von Schlachtabfällen, zurzeit mit 47 Millionen Franken. Dieses Geld werde weiterhin in der Landwirtschaft eingesetzt, versichert der Bundesrat vorausseilend. Daneben prüft er eine Kürzung beim Zivildienst: Betriebe, die mit «Zivis» Projekte in Bereichen wie Umwelt- oder Kulturgüterschutz durchführen, erhalten derzeit 3,3 Millionen. Da der Bundesrat ohnehin erreichen will, dass weniger Männer von der Armee in den Zivildienst wechseln, erwägt er die Abschaffung dieser Subventionen.

## Keine Geld mehr für Matrosen

Was daraus wird, ist offen. Die letzte effektiv gestrichene Subvention war eher exotischer Natur: Um die Versorgung in Krisenzeiten sicherzustellen, hat der Bund mit jährlich 20 000 Franken Schweizer unterstützt, die sich zu Kapitän oder Matrosen ausbilden liessen. Die Nachfrage war gering, der administrative Aufwand in manchen Jahren grösser als die Subvention selber. Mit dem Budget 2018 wurde sie aufgehoben.